

Koalitions-Check Sachsen

Die sächsische Koalition aus CDU, BÜNDNISGRÜNEN und SPD geht 2023 in ihr viertes Jahr. Die Corona-Pandemie und die Auswirkungen des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine prägten die Legislatur. Trotz der Krisen wurden zahlreiche Gesetze und Antragsinitiativen beschlossen. Auch der zweite Doppelhaushalt wurde verabschiedet.

Der Paritätische Sachsen formulierte vor der Landtagswahl 2019 „[Sozial- und bildungspolitische Lösungen für Sachsen](#)“ und benannte somit Aufgaben, die aus Sicht des Landesverbandes und seiner Mitgliedsorganisationen auf die Agenda der Koalition gehören. Auf dieser Grundlage ziehen wir eine kurze Bilanz und geben eine Einschätzung, welche im sächsischen Koalitionsvertrag verankerten Ziele unbedingt noch beim Endsprint im Landtag umgesetzt werden sollten.

Erfolge aus Sicht des Paritätischen Sachsen:

Die Freiwilligendienste wurden gestärkt. Der Anteil der geförderten Stellen, vor allem im Bereich Freiwilliges Soziales Jahr (FSJ) und FSJ-Pädagogik, ist gestiegen. Auch die Rahmenbedingungen wurden verbessert. So haben zum Beispiel alle Freiwilligen seit 2023 Zugang zum Bildungsticket. Die Koalition hat das Sozialministerium zudem beauftragt, ein „Gesamtkonzept für attraktive Jugendfreiwilligendienste“ zu erarbeiten. So wird das Engagement junger Menschen und der Zusammenhalt der Gesellschaft gefördert.

Der Schutz vor häuslicher Gewalt wird in Sachsen flächendeckend ausgebaut.

Mittlerweile wurde in fast allen Landkreisen eine vom Freistaat bezuschusste Interventions- und Koordinierungsstelle eingerichtet. Für das Jahr 2023 wird dies auch für den Vogtlandkreis erwartet. Dann ist die letzte Lücke geschlossen. Die staatliche Förderung dieser Stellen und der Frauen- und Kinderschutzhäuser wurde deutlich verbessert.

Mit dem Förderprogramm „Soziale Orte“ wird die Gemeinwesenarbeit unterstützt.

Neue Begegnungsräume für den generationenübergreifenden Austausch werden geschaffen. Das ist eine sinnvolle Ergänzung zu den bereits bestehenden Mehrgenerationenhäusern in Sachsen.

Es gibt Qualitätsverbesserungen in Kitas, die dabei helfen, neue Fachkräfte zu gewinnen, z.B. mehr Zeit für die Begleitung und Praxisanleitung in der Aus- und Weiterbildung. Träger von Kindertageseinrichtungen werden mit einem Zuschuss gefördert, wenn sie berufsbegleitende oder duale Ausbildungs- oder Studiengänge anbieten. Bei der Novellierung des Sächsischen Kitagesetzes ist eine Personalreserve in der Höhe von vier Prozent geplant. Das ist ein erster wichtiger Schritt. Weitere sollten folgen, da die personellen Fehlzeiten aktuell bei bis zu 20 Prozent liegen.

Sachsen fördert „Soziale Innovationen“ über eine Zukunftsplattform. Damit wird ein zentrales Anliegen des Paritätischen Sachsen vorangebracht, denn in Zeiten gesellschaftlichen Wandels braucht es neue, am Gemeinwohl orientierte Lösungen. Die *parikom - Paritätisches Kompetenzzentrum für soziale Innovation gGmbH* begleitete den Prozess von Beginn an und ist weiterhin Partnerin bei der Umsetzung des Vorhabens im Sächsischen Staatsministerium für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Koalitions-Check Sachsen

Koalitionsversprechen, die noch umgesetzt werden müssen:

Das angekündigte „Pflegepaket“ zur Umsetzung der Handlungsempfehlungen aus der Enquete-Kommission muss kommen. Darin sollen Maßnahmen enthalten sein, die Pflegekräfte im Beruf halten und helfen, neue zu gewinnen. Sachsen braucht zeitnah eine Regelung, damit nach dem Bestehen der Zwischenprüfung in der Fachkraftausbildung eine automatische Anerkennung als qualifizierte*r Krankenpflegehelfer*in sicherstellt. So können auch Pflegende als Assistenzkräfte gehalten werden, die nur einen Teil der generalistischen Pflegeausbildung absolviert haben. Dafür muss die Berufsfachschulordnung auf Landesebene angepasst oder eine entsprechende Verordnung auf den Weg gebracht werden. Darüber hinaus muss eine zügige Umsetzung der bundeseinheitlich geregelten Pflegeassistentenausbildung sichergestellt werden, sobald die Bundesempfehlung dafür vorliegt. Damit die Pflegekräfte mehr Zeit für gute Pflege haben, braucht es eine vereinfachte und ggf. digitalisierte Pflegedokumentation.

Sachsen braucht einen Fokus auf soziale Integration, um den aktuellen Herausforderungen gerecht zu werden. Das angekündigte „Sächsische Integrations- und Teilhabegesetz“ steht noch aus. Es ist notwendig, um die gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit Migrationshintergrund rechtlich zu verankern, sowie einen verbindlichen und planungssicheren Gestaltungsrahmen für die Integration in Kommunen und Gemeinden zu ermöglichen.

Die Förderung der Jugendhilfe über die Jugendpauschale muss an die Entwicklung angepasst und zukunftsfest gemacht werden. Es braucht ein verbessertes Förderkonzept, um Angebote in den Gebieten mit einer sinkenden Zahl junger Menschen zu halten. Die Förderung von Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit, Schulsozialarbeit und offenen Angeboten für Familien muss im Landesjugendhilfegesetz des Freistaats verankert, sowie eine verlässliche Qualität und Förderung als Ziel definiert werden. Grundlage dafür ist eine bedarfsgerechte Planung, an der auch Kinder und Jugendliche beteiligt werden. Die Bemessung der Jugendpauschale bedarf eines Konzepts, das nicht allein auf die demografische Entwicklung abstellt, sondern auf eine verlässliche Angebotslandschaft insbesondere in ländlichen Räumen.

Das Vergabegesetz ist zukünftig auch an sozialen Kriterien auszurichten, indem neben Lohn- und Umweltaspekten weitere soziale Kriterien Berücksichtigung finden. Bei der angekündigten Überarbeitung des Vergabegesetzes sollten Regelungen getroffen werden, die zugunsten von sonst am Arbeitsmarkt benachteiligten Personengruppen wirken. Insbesondere Menschen mit Behinderung und Langzeitarbeitslose müssen hier in den Blick genommen werden.

Die Teilhabe von Menschen mit Behinderungen am Arbeitsmarkt muss entschiedener vorangebracht werden. Der Freistaat braucht klare Ziele und sollte diese in der angekündigten Fortschreibung des Landesaktionsplans zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention benennen. Die Inanspruchnahme des Budgets für Arbeit verharret seit Jahren auf einem sehr niedrigen Niveau – Hürden müssen abgebaut und gute Praxisbeispiele bekannter gemacht werden. Inklusionsfirmen sind bei allen Initiativen zur Fachkräftegewinnung mitzudenken.